Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/285

15. 04. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 20. April 1977
am Donnerstag, dem 21. April 1977

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

1. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die DIN-Norm 70030, nach der der Benzinverbrauch von Kraftfahrzeugen ermittelt wird, veraltet ist, und wird sie die ihr zur Verfügung stehenden Einflußmöglichkeiten auf die Normung nutzen, um im Interesse der Energieersparnis den Verbrauchern mit Hilfe einer überarbeiteten Norm korrekte Informationen über den Benzinverbrauch der verschiedenen Kraftfahrzeuge zur Verfügung zu stellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

2. Abgeordneter **Schirmer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, diejenigen Bundesländer – z. B. Niedersachsen –, die noch von gemeinnützigen Amateursportvereinen Grundsteuer, Erbschaftsteuer oder Grunderwerbsteuer erheben, entsprechend der in der Dokumentation „Sport und Steuern" des Bundesfinanzministers dargelegten Auffassung zu ermuntern, auf die Erhebung derartiger Steuern in Zukunft zu verzichten?

3. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen hat das Bundesfinanzministerium aus den eigenen Berichten zu Zollstrafen und Zollbeamten gezogen, die den Nachrichtenagenturen zugeleitet worden sind, und wie beurteilt das Bundesfinanzministerium in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß auf Grund der eigenen Angaben die durchschnittlichen Einnahmen pro Verwarnung oder Anzeige 1976 7,16 DM im Vergleich zu 7,64 DM 1975 betrugen, und wie vereinbaren sich hier Verwaltungsaufwand und entsprechende Strafe?

4. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung in den letzten Jahren Verwaltungsvereinfachungen im Zollwesen durchgeführt, und wie kann sie konkret dies in Einzelfällen belegen?

5. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Ist es gewährleistet, daß die von den Standesorganisationen der Ärzte und Apotheker geführte Kampagne gegen den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zum Krankenversicherungskostengesetz (KVKG) in Form von Flugblättern, Zeitungsanzeigen, Plakaten und Aufklebern nicht noch steuerlich abgesetzt werden kann und damit letztlich vom Steuerzahler bezahlt werden muß?

6. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Novellierung des Entwicklungsländersteuergesetzes die zur Zeit bestehende steuerliche Förderungsintensität beizubehalten?

7. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung nach den heutigen Verhältnissen die zum 1. Januar 1975 vorgenommene Einschränkung des Betriebsausgabenabzugs für Werbegeschenke (§ 4 Abs. 5 Ziff. 1 EStG), und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Beseitigung der Abzugsgrenze von 50 DM, mindestens aber eine angemessene Erhöhung, erforderlich wäre?

8. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag u. a. des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter, Zeitungsabonnements im Rahmen der Werbungskosten von der Steuer absetzen zu können, und wie hoch wäre nach der Berechnung der Bundesregierung im Falle einer Realisierung dieses Vorschlags der jährliche Steuerausfall?

9. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Geschäftsführers des Deutschen Mieterbunds (Bericht der Welt am Sonntag vom 27. Februar 1977), daß nach Abschnitt 123 Abs. 4 der Einkommensteuerrichtlinien ein Hauseigentümer nicht den Betrag seiner tatsächlichen Mieteinnahmen, sondern gegebenenfalls eine höhere und für ihn erzielbare und ortsübliche Vergleichsmiete zu versteuern hat und daß dadurch eine massive Preistreiberei geweckt wird, weil die meisten Vermieter ihre Mieten auf die vom Staat veranschlagte Höhe anzuheben pflegen, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Sachverhalt, und scheint ihr eine Neuregelung der entsprechenden Bestimmungen geboten?

10. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu einer Änderung der Verwaltungsordnung über die Anerkennungssteuer begünstigter Wohnungen, nach der zeitweilig zu Wohnzwecken genutzte Kellerräume, wie Hobbyräume, Kinderspielzimmer oder Partykeller zur Hälfte der Gesamtwohnfläche des Eigenheims zugerechnet werden sollen, und in schätzungsweise wie vielen Fällen würde dies wegen einer Überschreitung der für steuerbegünstigte Wohnungen gesetzten Wohnflächengrenze zu Nachteilen (Entzug öffentlicher Mittel, zum Wegfall der 10-jährigen Grundsteuerbefreiung und zu Steuernachzahlungen) führen?

11. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Warum ist es der Bundesregierung nicht möglich, die Renten nach dem Bundesentschädigungsgesetz dadurch schneller den Erhöhungen der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten anzupassen, daß eine Rechtsverordnung parallel zum nächsten Bundesbesoldungserhöhungsgesetz vorbereitet und mit Verabschiedung des Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes in Kraft gesetzt wird, die vorschreibt, daß die gesetzlich vorgeschriebene angemessene Erhöhung dieser Renten dadurch geschieht, diese Renten um den gleichen einheitlichen Prozentsatz (gegebenenfalls auch Sockelbetrag) zu erhöhen wie die Beamtenbezüge?

12. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Nach welchen Grundsätzen wird in der Verwaltungspraxis zwischen lohnsteuerfreien Annehmlichkeiten und lohnsteuerpflichtigen Sachbezügen unterschieden, und welche Folgerungen wird die Bundesregierung aus dem BFH-Urteil vom 22. Oktober 1976 — VI R 26/74 — (BStBl. 1977 II S. 99) für die lohnsteuerliche Behandlung vergleichbarer Fälle ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

13. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Entspricht es der gesetzlichen Grundlage, daß Witwen landwirtschaftlicher Unternehmer, die freiwillig Beiträge weiterzahlen, bei einer Wiederverheiratung von dieser Verpflichtung nicht entbunden werden können, obwohl sie mit diesen Zahlungen wegen ihrer Wiederverheiratung keinen Anspruch auf Altersgeld mehr erwerben können, und wenn ja, sind Änderungen vorgesehen?

14. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Welche konkreten Schritte hat der Bundesarbeitsminister vorgesehen, um einen oder mehrere Modellversuche betreffs einer Eigenbeteiligung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (Wahltarife) zu errichten, und wann und unter welchem Haushaltstitel werden diese Modellversuche eingeplant?

15. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Wer bestimmt ferner die Bedingungen, unter denen die Versuchsmodelle arbeiten, und beabsichtigt die Bundesregierung, bei Erstellung der Versuchsbedingungen den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung einzuschalten?

16. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung angeben, wie viele Personen zur Zeit Umschulungsbeihilfen aller Art aufgeteilt auf Lernberufe in Anspruch nehmen?

17. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Inwieweit entsprechen diese Umschulungsmaßnahmen dem Arbeitsplatzangebot bzw. dem nicht gedeckten Arbeitskräftebedarf, so daß diese Umschulungen zur unmittelbaren Vermittlung der Umschüler nach Abschluß der Umschulung führen?

18. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Trifft es zu, daß in der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague seit dem Jahr 1975 Leukämie als Berufskrankheit anerkannt wird, und wenn ja, sieht die Bundesregierung auf Grund dieser Tatsache eine Notwendigkeit, das Problem der gesundheitlichen Gefährdung für die Beschäftigten in den deutschen Anlagen neu zu überdenken?

19. Abgeordneter **Feienendegen** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung schon einmal Gedanken darüber gemacht, ob die von der Bundesanstalt für Arbeit ausgegebene Zahl offener Stellen von 224 464 (Ende Februar 1977) vollständig ist, und warum viele offene Stellen nicht besetzt werden können?

20. Abgeordneter **Feinendegen** (CDU/CSU)

In wieviel Fällen sind offene Stellen von arbeitslos gemeldeten Personen, die unter Berücksichtigung der früheren Tätigkeit angemessen ausgewählt wurden, nach mehr als dreimaliger Vermittlung von den jeweils vermittelten Personen nicht besetzt worden, und geben die Begründungen für das Nichtbesetzen Anlaß zu einer Überprüfung der Förderungs- und Unterstützungspraxis?

21. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die dem Referentenentwurf der Rechtsverordnung nach § 55 des Schwerbehindertengesetzes zugrundegelegten Kriterien für die Aufnahme von Behinderten in die Werkstatt derart gestaltet sind, daß sie einen ausreichenden Spielraum für eine individuelle Regelung ermöglicht?

22. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, die seitens der Arbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte in der Bundesrepublik Deutschland e. V. vorgetragenen Argumente im Rahmen der Rechtsverordnung nach § 55 des Schwerbehindertengesetzes unberücksichtigt zu lassen?

23. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die nunmehr vorgelegte Konzeption der Werkstätten für Behinderte den im Gesetz festgelegten Voraussetzungen entspricht, oder werden hierdurch über den Sinn des Gesetzes hinausgehende Regelungen getroffen?

24. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der Referentenentwurf der Rechtsverordnung nach § 55 des Schwerbehindertengesetzes bei den Verbänden auf erheblichen Widerstand stößt?

25. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß in die Rechtsverordnung nach § 55 des Schwerbehindertengesetzes Bestimmungen aufgenommen werden sollten, die insbesondere Rechte der betroffenen Behinderten einengen oder lediglich Bestimmungen über die Anforderungen an die Werkstatt für Behinderte enthalten sollten?

26. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß oftmals Behinderte nicht gemeinschaftsfähig sind und daher notwendigerweise auf kleinere Werkstätten angewiesen sind, und in welchem Umfang gedenkt sie dieser Tatsache Rechnung zu tragen?

27. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, in der Rechtsverordnung nach § 55 des Schwerbehindertengesetzes hinsichtlich der Größe der Werkstatt eine Mindestzahl von 120 Plätzen festzulegen, oder ist diese Begrenzung nicht rein willkürlich gezogen?

28. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Entscheidung des Sozialgerichts Bremen vom 10. Mai 1976, wonach bereits eine Werkstatt mit 15 Plätzen als Werkstatt für Behinderte anerkannt worden ist?

29. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeit Ansprüche von Arbeitnehmern aus einem Sozialplan bei Konkurs des Unternehmens, die sie wegen Zahlung von Arbeitslosengeld auf sich übergeleitet hat, trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Mai 1976 – 1 BvL 31/73 zu § 117 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes – nicht freigibt, solange eine Neufassung des § 117 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes nicht erfolgt ist, und wann beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag eine Neuregelung des § 117 Abs. 2 des Arbeitsförderungsgesetzes vorzuschlagen?

30. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in der von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. März 1977 mitgeteilten Praxis, wonach die Gewerkschaften auf die Bestellung der Arbeitsdirektoren nach dem Mitbestimmungsgesetz Druck ausüben, um im Gesetz nicht vorgesehene Kriterien bei der Auswahl dieser Vorstandsmitglieder zur Geltung zu bringen, einen Anlaß, ihre Vorstellungen von der Anwendung des Mitbestimmungsgesetzes zu revidieren oder gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, und wenn nein, warum nicht?

31. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Trifft es zu, daß nach dem Referentenentwurf zur Rechtsverordnung nach § 55 Abs. 3 des Schwerbehindertengesetzes (Werkstättenverordnung) nur solche Behinderte in Werkstätten für Behinderte aufgenommen werden sollen, die weitgehend unabhängig von Pflege sind?

32. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in der geplanten Werkstättenverordnung nach dem Schwerbehindertengesetz die Aufgaben der Werkstätten für Behinderte und den dort aufzunehmenden Personenkreis so zu beschreiben, daß eine umfassende gesellschaftliche Eingliederung aller Behinderten — ungeachtet der Art und Schwere ihrer Behinderung — ermöglicht werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

33. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Kosten, die anläßlich eines Skiunfalls durch den Transport des Bundesministers Ravens mit einer Bundeswehrmaschine von Klagenfurt (Österreich) nach Bremen entstanden?

34. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach das Bundesverteidigungsministerium eine bereits von der Redaktion von Wolfgang Fechner fertiggestellte 92seitige bunte Glanzpapierbroschüre „Die Bundeswehr" nach Erstellung wieder einstampfen ließ, und wie hoch waren die gedruckte Auflage und die gesamten Kosten der Broschüre?

35. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Welche Fehler auf welchen Seiten hatte die Broschüre, und wer ist für diese gesamten Kosten der eingestampften bzw. nicht verteilten Broschüre regreßpflichtig gemacht worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

36. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Wie will die Bundesregierung einer Zersplitterung der Kodifikation des bürgerlichen Rechts entgegenwirken, die dadurch entsteht, daß zunehmend mehr Einzelmaterien des bürgerlichen Rechts nicht mehr im BGB sondern in Spezialgesetzen geregelt werden oder werden sollen (z. B. Gesetz der Regelung der Miethöhe, Fernunterrichtsgesetz, AGB-Gesetz, Novellierung des Abzahlungsgesetzes, Entwurf eines Gesetzes über den Reiseveranstaltungsvertrag), und ist die Bundesregierung insbesondere bereit, geeignete Spezialgesetze zur Wiedereingliederung in das BGB vorzuschlagen?

37. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Schmidt in einem Schreiben an Bundesjustizminister Dr. Vogel am 25. Juni 1975 den Einsatz von Abhöreinrichtungen (Wanzen) im Stuttgart-Stammheimer Gefängnis angeregt und um „kurze Äußerung gebeten", warum die Telefongespräche der in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Untersuchungsgefangenen auch mit ihren Verteidigern nicht „durch entsprechende Einrichtungen abgehört werden"?

38. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Auf welche Rechtsnormen stützte sich der Bundeskanzler gegebenenfalls bei seiner Anregung an den Bundesjustizminister?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

39. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen will die Bundesregierung wegen der erheblichen Zunahme des Handels und Gebrauchs harter Drogen (Heroin) ergreifen, der auch durch die über 70 %ige Zunahme an Todesfällen durch Drogenüberdosierung im Jahr 1976 gegenüber 1975 deutlich wird?

40. Abgeordneter **Dr. Nöbel** (SPD)

Ist der Bundesregieurng bekannt, daß z. B. in Schweden zum Schutz des Verbrauchers und zur Vermeidung gesundheitlicher Schäden Tiefkühlkost mit einer farblichen Substanz, die im Falle einer nicht kontinuierlich vorhanden gewesenen Mindesttemperatur farbliche Veränderungen aufweist, gekennzeichnet ist, und wird die Bundesregierung in Anerkennung eines Sicherheitsbedürfnisses für breite Kreise der Verbraucher eine solche Regelung ebenfalls anstreben?

41. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Trifft es zu, daß deutsche Transportunternehmer bei Rückfahrten aus dem Ausland, insbesondere aus Italien, in zunehmendem Maß Wein und Traubensäfte in den gleichen Tanks befördern, in denen auf der Hinfahrt Chemikalien transportiert worden sind, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang gegebenenfalls zu ergreifen?

42. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

In welchem Umfang sind der Bundesregierung Krankheitsfälle bekannt, die auf einen wie oben geschilderten Fall zurückzuführen sind?

43. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Hat sich die Bundesregierung über das vom Deutschen Brauer-Bund e. V. herausgegebene Faltblatt „Hier geht es um unser Bier", in dem unter Bezug auf Fernsehspots des Bundesgesundheitsministeriums gegen Alkoholmißbrauch, Anzeigenkampagnen des Bundesverkehrsministers und das Aktionsprogramm der Ländergesundheitsminister zur Eindämmung und Verhütung des Alkoholmißbrauchs erklärt wird, „Wir sind immer bereit, wissenschaftlich abgesichertes Material mit jedem

ernsthaft Interessierten zu diskutieren. Wir meinen allerdings, daß man dabei bisher zu leichtfertig mit Argumenten gearbeitet hat, die wissenschaftlich nicht ausreichend abgesichert sind.", eine Meinung gebildet, und wenn ja, zu welcher Beurteilung ist sie gekommen, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

44. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Hält die Bundesregierung in Anbetracht der Arbeitsmarktsituation die Regelung des Artikels 3 § 1 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 noch für zeitgemäß, die die Möglichkeit, sich als Beamter auf Lebenszeit auf Antrag in den Ruhestand versetzen zu lassen, vom 62. auf das 63. Lebensjahr verschoben hat?

45. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung eine Änderung des Artikels 3 § 1 des Haushaltsstrukturgesetzes vorlegen?

46. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Erklärungen aus dem Bereich des Deutschen Leichtathletikverbands bestätigen, nach denen die medikamentöse Leistungsbeeinflussung – z. B. Verabreichung von Anabolika – vor und während der Olympischen Spiele 1976 auch der Führung des Bundesinstituts für Sportwissenschaft bekannt war?

47. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)

Hat die Bundesregierung auf Grund des Verlaufs des Verbandstags des Deutschen Leichtathletikverbandes am 26. April 1977 in Leverkusen Untersuchungen zur Klärung der Frage eingeleitet, ob auch Jugendlichen Anabolika mit dem Ziel der Leistungssteigerung mit Wissen des Geschäftsführenden Direktors des Bundesinstituts für Sportwissenschaft verabreicht wurden?

48. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, in ihrem Geschäftsbereich und bei den ihr nachgeordneten Behörden bei der Besetzung jeder freien Stelle überprüfen zu lassen, ob anstelle eines Vollbeschäftigten jeweils mehrere Teilzeitbeschäftigte eingestellt werden können, wenn dem keine übermäßigen finanziellen Belastungen oder organisatorische Schwierigkeiten entgegenstehen?

49. Abgeordneter **Dr. Jens (Voerde)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das zur Zeit in der Erprobung befindliche Saarberg-Hölter-Verfahren zur Entschwefelung des Rauchgases bei Steinkohlekraftwerken, und ist es insbesondere möglich, damit das Rauchgas bei Kraftwerken hundertprozentig zu entschwefeln und somit auf die hohen Schornsteine völlig zu verzichten?

50. Abgeordneter **Dr. Jens (Voerde)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Mehrkosten bei einer hundertprozentigen Rauchgasentschwefelung nach dem Saarberg-Hölter-Verfahren für vertretbar, und wie beurteilt sie die Verwendbarkeit des anfallenden Gips als Abfallprodukt?

51. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die bayerische Staatsregierung (Beschluß vom 4. Mai 1976) dabei zu unterstützen, im Interesse der Ausweitung des Ausbildungsplatzangebots der öffentlichen Hand ausbildungshemmende Rechtsvorschriften zu beseitigen?

52. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung zwei Monate nach der Flucht des CETEKA-Korrespondenten Svetozar Simko in der Lage, mitzuteilen, welche Ergebnisse die von ihr angekündigte Überprüfung seiner Angaben erbrachte?

53. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)

Hat sich die von Simko getroffene Feststellung bestätigt, daß die Bonner Botschaft der CSSR eine gut ausgerüstete Agentenzentrale sei, die auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Waffen- und Nachrichtendepots für kommunistische Saboteure anlegt?

54. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen des Immissionsschutzberichts, der Ende dieses Jahrs dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden soll, auch zu prüfen, ob die Entschädigungsregelung für Fluglärmgeschädigte so gestaltet wird, daß Mitbürger, die in der Nähe von Außenlandestellen von Senkrechtstartern wohnen, in den Genuß der Entschädigung kommen?

55. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Wann gedenkt der Bundesinnenminister Dr. Maihofer das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung zu berufen?

56. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Trifft es zu, daß bei den technischen Behörden des Bundes und der Länder die Vorschriften des § 16 des Arbeitssicherheitsgesetzes nicht angewendet werden, weil sich die Bundes- und Länderfinanzminister nicht über die Finanzierungsmodalitäten einigen konnten, und was hat die Bundesregierung getan, um sicherzustellen, daß der § 16 auch im öffentlichen Dienst seine Anwendung findet?

57. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen zu, wonach der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) intensive Kontakte zur Terroristenszene in der Bundesrepublik Deutschland pflegt und fast ausschließlich von der „DDR“ finanziert wird, welcher Art sind diese Kontakte gegebenenfalls, und umfassen diese insbesondere finanzielle Leistungen des KBW an die Terroristen?

58. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung deswegen gegebenenfalls gegen den KBW und gegen die „DDR“ zu ergreifen?

59. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß bei der Verleihung der Bundesfilmpreise 1977, wie in Zukunft, die Auszeichnung für die künstlerische Gesamtgestaltung eines prämiierten Films in erster Linie dem Autor und Regisseur gebührt, und gedenkt sie, dies bei der Übergabe der Preise öffentlich deutlich zu machen auch in Fällen, in denen wie bei dem diesjährigen ersten Preis – dem Film „Heinrich“ vom Helma Sanders – in der offiziellen Mitteilung des Juryergebnisses für die Presse nur die Produktion genannt wird?

60. Abgeordneter **Lattmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Richtlinien für die kulturelle Filmförderung dahin gehend zu verbessern, daß bei der Verleihung von Goldenen Schalen und Filmbändern jeweils der Filmautor über die Verwendung des mit der Auszeichnung verbundenen Geldpreises mitbestimmen kann, weil anders die Preisverleihung so ausfiele, als hätte vergleichsweise nicht Günter Grass einen Literaturpreis für „Die Blechtrommel" erhalten sondern der Verlag des Romans?

61. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß die Sicherheitsprüfungen politischer Häftlinge, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden wollen, schneller als bisher vonstatten gehen?

62. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß etwa 100 Gefangene in Chile, deren Ausreisegenehmigung von der dortigen Regierung bereits unterzeichnet worden ist, eher entlassen werden könnten, wenn die Sicherheitsüberprüfungen beschleunigt durchgeführt werden würden?

63. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wie groß war die Zahl der oft aus Unkenntnis oder Unachtsamkeit vorgekommenen Überschreitungen der innerdeutschen Grenze in den Jahren 1975, 1976 und im bisher überschaubaren Verlauf des Jahrs 1977?

64. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch klare gesetzliche Regelungen eine vermutlich langjährige Rechtsunsicherheit zu beseitigen, damit es nicht zu unterschiedlichen Gerichtsurteilen kommen kann, wonach der gleiche Kraftwerkstyp in einem Fall nicht begonnen und im anderen Fall weiter gebaut werden darf und um zu gewährleisten, daß ein realistisches Energiekonzept erstellt werden kann?

65. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Treffen Presseberichte zu (Frankfurter Rundschau vom 23. März 1977), wonach das Bundesinnenministerium den Bundesgrenzschutz angewiesen haben soll, Inhaber chilenischer Reisepässe, die von chilenischen Auslandsvertretungen ausgestellt sind, grundsätzlich zurückzuweisen?

66. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Wie läßt sich gegebenenfalls diese Anweisung mit dem Grundrecht auf politisches Asyl vereinbaren?

67. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie sollen nach Ansicht der Bundesregierung die dem Datenschutz unterworfenen datenverarbeitenden Stellen die im Bundesdatenschutz ohne Präzisierung verwendeten Formeln „berechtigte Interessen" und „schutzwürdige Belange" beim praktischen Vollzug des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gegeneinander abgrenzen, insbesondere hinsichtlich der Verwirklichung der im Anhang zum BDSG enthaltenen und einem doppelten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz unterworfenen Maßnahmen?

68\. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung für die Durchführung des BDSG die im § 2 BDSG gegebene Definition des Dateibegriffs, derzufolge personenbezogene Daten, die z. B. von Auskunfteien in Aktensammlungen geordnet und manuell geführt werden, nicht unter das Gesetz fallen?

69\. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsschutzes die geplante Zusammenarbeit von Jugendorganisationen (z. B. der Jungsozialisten) mit kommunistischen Gruppierungen?

70\. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, derartigen Kooperationsbestrebungen entgegenzuwirken, und wenn ja, in welcher Weise?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

71\. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Angaben über die schädlichen Auswirkungen der Kälteperiode in den letzten Wochen auf die Landwirtschaft, insbesondere auf den Obst- und Weinbau, vor, und welches Ausmaß nehmen nach den Informationen der Bundesregierung die Schäden an?

133\. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die schädlichen Auswirkungen auf die betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe durch Maßnahmen ähnlich denen im Rahmen der letztjährigen Dürrekatastrophe, insbesondere im Steuer- und Darlehensbereich, zu mildern?

73\. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung zur Einhaltung der Fangquote für Dorsch in der Ostsee für die Kutterbetriebe das „Windhundverfahren" gewählt hat, und wären bei Zuteilung bestimmter Fangquoten für jeden Fischkutter die jetzt von der Kutterfischerei in der Ostsee wegen der in Kürze bevorstehenden vollständigen Ausnutzung der Dorschfangquote befürchteten wirtschaftlichen Folgen zu vermeiden gewesen?

74\. Abgeordneter **Konrad** (SPD)

Haben die von der Bundesregierung eingeleiteten Verhandlungen mit anderen Ostseeanliegerstaaten um eine Erhöhung der deutschen Dorschquote durch Tauschangebote (Hering gegen Dorsch) bereits zu Erfolgen geführt, oder können diese mit hoher Wahrscheinlichkeit in Kürze erwartet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

75\. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Zukunft des Nürburgrings als internationale Rennstrecke?

76\. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung an ihrer Antwort vom 29. Dezember 1971 an mich, daß der Bund als Gesellschafter in der Nürburgring GmbH verbleibt, fest?

77.	Abgeordneter **Tönjes** (SPD)	Welche Beschlüsse hat die 6. Internationale Konferenz für Unfall- und Verkehrsmedizin zum Thema Sicherheitsgurte gefaßt?
78.	Abgeordneter **Tönjes** (SPD)	Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung hieraus für ihr Verkehrssicherheitsprogramm ziehen?
79.	Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß von den Flughäfen in der Bundesrepublik Deutschland nur der Flughafen Frankfurt/Main mit einer Vorfeld-Radaranlage (ASDE) ausgerüstet ist, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?
80.	Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Flughäfen Nürnberg und Saarbrücken nicht einmal mit einer Radaranlage zur Überwachung des Luftraums ausgerüstet sind, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?
81.	Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß alle Mitglieder des Bundestages über geplante Maßnahmen im Verkehrsbereich in ihren Wahlkreisen, die aus dem Investitionsprogramm teilweise oder ganz finanziert werden, gleichzeitig unterrichtet worden sind?
82.	Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung verbindlich zusichern, daß keine bevorzugte Information der Mitglieder der Regierungskoalition erfolgt?
83.	Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)	Sind der Bundesregierung Pläne der Wasser- und Schiffahrtsdirektion in Hannover bekannt, das Wasser- und Schiffahrtsamt Minden–Weser aufzulösen, und wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor?
84.	Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)	Trifft es zu, daß das Bundesverkehrsministerium von der Deutschen Rettungsflugwacht, wie der „Berliner Tagesspiegel" berichtete, neben einer vorliegenden Genehmigung der Bundesanstalt für Flugsicherung noch eine Sondergenehmigung durch das Bundesverkehrsministerium bei einem Krankentransport von Bozen nach dem DDR-Flughafen Schönefeld verlangte, und wenn ja, welche Gründe sprechen für die doppelte Genehmigungspflicht?
85.	Abgeordneter **Schulze (Berlin)** (SPD)	Wieviel Berlinflüge der Deutschen Rettungsflugwacht sind bisher genehmigt worden?
86.	Abgeordnter **Curdt** (SPD)	Welche Ursachen führen nach Ansicht der Bundesregierung zum Ansteigen der Zahl der bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Kinder und Jugendlichen?
87.	Abgeordneter **Curdt** (SPD)	Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

88. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Gründe haben den Bundespostminister bewogen, schon wenige Tage nach dem Beginn eines Großversuchs zum 8-Minuten Zeittakt für Ortsgespräche ein mögliches Ergebnis dieses Versuchs vorwegzunehmen und schon jetzt die Einführung dieses Zeittakts für die ganze Bundesrepublik anzukündigen, und welchen Sinn mißt die Bundesregierung dem weiteren Ablauf des Großversuchs noch zu?

89. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bisher aus dem Bericht der Gemeinsamen Kommission Postzeitungsdienst vom 3. Dezember 1975 gezogen, gibt es inzwischen eine Nachfolgekommission, und welche Vorstellungen und Vorschläge sind bisher in dieser neuen Kommission in bezug auf die Leistungen der Deutschen Bundespost im Postzeitungsdienst erarbeitet worden?

90. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Entspricht es den Grundsätzen der Raumordnung, insbesondere der Gerechtigkeit und der gleichwertigen Lebenschancen der Bürger des flachen Landes, wenn die Deutsche Bundespost in ländlichen Orten, die im Zuge der Gemeindegebietsreform größeren Gemeinden zugeordnet werden, die bisherigen Fernsprechstellen auflöst und sich weigert, dort zumindest öffentliche Fernsprechzellen zu installieren?

91. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung, die auf eine mündliche Anfrage von mir erklärte, „Zu einer weitergehenden Ausdehnung der vollautomatischen Betriebsweise für den Verkehr vom Bundesgebiet aus hat sich die DDR-Postverwaltung bisher angesichts des Ausbaustandes ihres Fernmeldenetzes noch nicht in der Lage gesehen“, bekannt, daß der Einrichtung des vollautomatischen Fernsprechverkehrs in Wahrheit keine besonderen technischen Schwierigkeiten entgegenstehen, die Umstellung in wenigen Monaten erfolgen könnte und daß insoweit die ihr gegebene Auskunft der Postverwaltung der DDR den Tatsachen nicht entspricht?

92. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in die Verhandlungen über die Neufestsetzung der jährlichen Postpauschalsumme die Erfüllung der Vereinbarung über die Einführung des vollautomatischen Selbstwählverkehrs einbeziehen und einer eventuellen Erhöhung der Pauschalsumme nur unter der Voraussetzung zustimmen, daß alle vertraglichen Postvereinbarungen vorher erfüllt werden?

93. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Ist es nachweisbar und vom Bundespostminister zu bestätigen, daß nur und ausschließlich Briefmarkensammler Zuschlagsmarken kaufen bzw. daß bis zu 95 % von den Versandstellen für Sammlermarken in Frankfurt und Berlin verkauft werden, so daß die Öffentlichkeit solche Zuschlagsmarken praktisch überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, und sich diese zu einer regelrechten „Sondersteuer für Philatelisten“ entwickelt haben, wie der Bund Deutscher Philatelisten e. V. mitgeteilt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

94. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Trifft es zu, daß die Vertragsmusterentwürfe der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes und der Länder (ARGEBAU, für Architektenverträge grundsätzlich das Leistungsbild auf das Leistungsbild der früheren Gebührenordnung für Architekten (GOA) und die Honorarsätze auf die Mindestsätze der neuen Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) herabdrücken, und steht dieses Verhalten der öffentlichen Hand nicht im Widerspruch zu den Intentionen des Honorarermächtigungsgesetzes vom 4. November 1971 (BGBl. I S. 1749), mit der Erarbeitung moderner Leistungsbilder und der Festlegung von Höchst- und Mindestsätzen in der HOAI einen Spielraum zu schaffen, der eine bessere Anpassung des Honorars an die zu erbringende Leistung des Architekten, also einer stärker am Leistungsprinzip orientierten Honorarbemessung ermöglichen sollte?

95. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Wohnungsbaus im Bereich des Eigenheim- und Eigentumswohnungsbaus, des Mietwohnungsbaus und des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 1977 und 1978?

96. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch in der Antwort auf die mündliche Anfrage Nummer 83 der 14. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 10. Februar 1977, wonach die Bundesregierung für das nächste Jahr einen Bericht über den Zusammenhang der Mietrechtsvorschriften des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes und der mangelnden Investitionsbereitschaft im Mietwohnungsbau angekündigt hat, mit der Anwort in der Sitzung des Deutschen Bundestages vom 20. Januar 1977 auf die Fragen Nummern 59 und 60, es sei eine mindestens vierjährige Beobachtungszeit erforderlich, um hinreichende Erfahrungen über die Auswirkungen des Wohnraumkündigungsschutzgesetzes zu sammeln?

97. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es wohnungsbaupolitisch sowie im Hinblick auf die Aufgabenstellung der Baugesellschaften für wünschenswert, daß diese in immer stärkerem Maße das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Verwaltung ihrer eigenen Wohnungsbestände verlagern, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

98. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer breiten Vermögensbildung die Privatisierung von Wohnungsbeständen zu fördern, und wenn ja, auf welche Art und Weise?

99. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen der von ihr propagierten Energiesparmaßnahmen die Heizkosten insbesondere im Wohnbereich nicht mehr nach der Quadratmeterzahl sondern nach dem tatsächlich erfolgten Verbrauch zu berechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

100. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)

Welche Zuschüsse und in welcher Höhe zahlten bzw. zahlt die Bundesregierung seit 1970 für Berlinfahrten ausländischer Schüler- und Studentengruppen, wie viele Personen sind auf diese Weise gefördert worden, und wie gedenkt die Bundesregierung in dieser Hinsicht in Zukunft zu verfahren?

101. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Begründung hat die DDR dem Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Gaus, für die seit Anfang dieses Jahrs steigende Zahl von Zurückweisungen aus der Bundesrepublik Deutschland von der Einreise in die „DDR" beziehungsweise nach Ost-Berlin gegeben, und steht diese Begründung nach Auffassung der Bundesregierung im Einklang mit den diesbezüglichen Vereinbarungen über den Reiseverkehr?

102. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt hat das Verhandlungspaket, das die Bundesregierung der Regierung der DDR vorlegen will, und sind darin neue finanzielle Leistungen an die DDR in Aussicht genommen?

103. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Für wann sind die Gespräche dieser neuen Verhandlungsrunde mit der DDR in Aussicht genommen, und wird die Öffentlichkeit vorher über den beabsichtigten Inhalt von der Bundesregierung unterrichtet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

104. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Uranwiederaufbereitung speziell bei hochabgebrannten Kernbrennstoffen ein technisch noch ungelöstes Problem ist (so ein Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. März 1977), und welche Konsequenzen ergeben sich angesichts der diesbezüglichen Erfahrungen in den USA und in Frankreich für die geplante Wiederaufbereitungsanlage in der Bundesrepublik Deutschland für die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke generell?

105. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie stellt sich aus heutiger Sicht die Wirtschaftlichkeit von Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Anlagen dar?

106. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wie ist die Umweltbelastung durch die Abwärme sowie die Standortunabhängigkeit einer Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Anlage in bezug auf die Verfügbarkeit von Kühlwasser zu beurteilen?

107. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Worin besteht der spezifische Unterschied zwischen einer Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Anlage und einer Hochtemperaturreaktor (HTR)-Zweikreisanlage mit Dampfkraftprozeß?

108. Abgeordneter **Grunenberg** (SPD)

Welchen Vorteil erwartet man von Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Anlagen gegenüber Hochtemperaturreaktor (HTR)-Zweikreisanlagen mit Dampfkraftprozeß?

109. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Welche wesentlichen Entwicklungsprobleme bestehen für eine Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Anlage zur Zeit noch, und wann könnten sie frühestens gelöst sein?

110. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wie sind die Marktchancen des Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT) zu beurteilen?

111. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Kann die Forderung nach einem gemeinsamen Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Grundkonzept für Stromerzeugung und Prozeßwärme erfüllt werden, obwohl das Bundesforschungsministerium mehrfach seine Absicht erklär hat, nach einem 1977 stattfindenden Auswahlprozeß künftig nur noch eine stromerzeugende Helium-Hochtemperaturreaktor (HTR)-Linie weiter zu verfolgen?

112. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie wären für den Fall, daß Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT) als Stromerzeugungslinie gewählt würde, die Chancen einer arbeitsteiligen und damit für die Bundesregierung kostensenkenden internationalen Zusammenarbeit zu beurteilen?

113. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Seit wann wird die Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Linie in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt, und welche Kosten sind der öffentlichen Hand in der Bundesrepublik Deutschland bisher für die Förderung dieser Entwicklung entstanden?

114. Abgeordneter **Scheffler** (SPD)

Wie sieht nach den Untersuchungen der letzten 1 1/2 Jahre die heutige bauliche Konzeption für den Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT) aus, und welche Änderungen haben sich seit dem Sommer 1975 ergeben, wo in einem öffentlichen Statusbericht in Jülich die bis dahin erreichten Ergebnisse des Helium-Hochtemperaturreaktor (HHT)-Projekts zu einem Weiterverfolgen dieser Linie nicht ermutigten?

115. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Ist die vorliegende Sicherheitsstudie als Grundlage der Genehmigung für das Betreiben des Salzbergwerks Asse in Remlingen zur Lagerung radioaktiver Stoffe nach dem Grubenunglück im Kalibergwerk Ronnenberg im Jahr 1975 noch zutreffend?

116. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Ist beabsichtigt, ab April 1977 die Lagerung von hoch-mittelaktiven AVR-Brennelementen in der Asse als Endlagerung zu betreiben, und ist dies unbedenklich unter Berücksichtigung von Seite 203 des Jahresberichts 1975 der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung m. b. H., München, die die Möglichkeit tektonischer Veränderungen und damit auch von Wassereinbrüchen nicht ausgeschlossen hat?

117. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Denkschrift zur Lage der Lagerstättenforschung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, und was hat sie unternommen, um die dortigen Vorschläge in den verschiedensten Programmen der Bundesregierung zu berücksichtigen?

118. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)

Wie hoch beurteilt die Bundesregierung die Vorräte an Mineralöl, Erdgas, Steinkohle, Braunkohle, Uran und Thorium in der Bundesrepublik Deutschland, und in welchem Umfang kann durch verbesserte Lagerstättenforschung eine Erhöhung der bekannten Vorräte erreicht werden?

119. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ihre wiederholt abgegebene Erklärung, daß die Uranversorgung der deutschen Atomkraftwerke bis Mitte der 80er Jahre vertraglich abgesichert sei, trotz des amerikanisch-kanadischen Uranlieferstopps aufrecht erhalten, und auf welche Fakten stützt sich bejahendenfalls eine solche Zusicherung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

120. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Unter welchen Voraussetzungen wäre der Bundeswissenschaftsminister bereit, die „Studienplatz-Tauschbörse" der Vereinigten Deutschen Studentenschaften aus öffentlichen Mitteln zu fördern?

121. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Ist der Bundesregierung auch aus anderen Bundesländern eine ähnliche Praxis der Handhabung der Härtefallentscheidung für die Zulassung zu Universitäten bekannt, wie sie von einem entsprechenden Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags festgestellt worden ist, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für die Regelung des Zulassungsverfahrens für die Hochschulen?

122. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit einer fernunterrichtlichen Betreuung von Aussiedlern, die bereits im Herkunftsland einsetzt, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um Aussiedlern durch Fernunterricht die politische, gesellschaftliche und berufliche Integration zu erleichtern?

123. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen die Bundesregierung beabsichtigt, die zum 1. September 1977 auslaufende Übergangsfrist in der Ausbilder-Eignungsverordnung zu verlängern, und für welchen Zeitraum ist dies beabsichtigt?

124. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die in diesem Zusammenhang notwendigen Ausnahmeregelungen großzügiger als bisher zu gestalten?

125. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Richtlinien für die Graduiertenförderung, die die Förderung einer Promotion an einer ausländischen Universität durch ein Stipendium nur zulassen, wenn diese Promotion an einer deutschen Universität nicht möglich ist, weder der Notwendigkeit des internationalen Bildungs- und Wissenschaftsaustauschs, insbesondere in der Europäischen Gemeinschaft, entsprechen noch der besonderen Situation von Studierenden Rechnung tragen, die, in einer Grenzregion beheimatet, an einer benachbarten ausländischen Universität (wie etwa Straßburg) promovieren wollen, und ist die Bundesregierung zu einer Änderung dieser Richtlinien bereit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

126. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Welche konkreten Projekte mit welchem finanziellen Umfang nach dem Modell der vom früheren Bundesminister Bahr angekündigten staatlichen „Dreieckskooperation“ (also nicht der schon früher praktizierten Parallelfinanzierung) sind bisher mit Geldern der OPEC-Länder begonnen worden?

127. Abgeordneter **Petersen** (CDU/CSU)

Welche konkreten finanziellen Zusagen der erdölproduzierenden Länder liegen für solche Projekte vor?

128. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Anteil der Mittel, die im Haushalt 1977 für die Förderung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von Kirchen, politischen Stiftungen und privaten Trägern bereitgestellt werden, an der gesamten deutschen bilateralen Entwicklungshilfe, und wie wird sich dieser Anteil in den kommenden Jahren entwickeln?

129. Abgeordneter **Höffkes** (CDU/CSU)

Wie hoch war in den Jahren 1975 und 1976 der Anteil, der für die Agrarhilfe und die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung der Entwicklungsländer aufgebrachten Mittel an der gesamten bilateralen deutschen Entwicklungshilfe, und wie hoch wird dieser Anteil bei den Zusagen im Jahr 1977 sein?

130. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich zur Zeit im Rahmen der deutschen bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe die belegten Verpflichtungen, die abgeschlossenen Regierungsabkommen, die abgeschlossenen Darlehnsverträge und die Auszahlungen?

131. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung in den Jahren 1975 und 1976 Entwicklungshilfezusagen, die sich auf einen mehrjährigen Zeitraum beziehen, abgegeben, und in welchem Umfang sind solche Zusagen für das Jahr 1977 geplant?

132. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Welches ist das Konzept der Bundesregierung für die entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit?

133. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik an der Weltbank, die, von ehemaligen Exekutivdirektoren geäußert wurde, und welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, die Stellung der Weltbank gegebenenfalls durch Einflußnahme auf ihre Bankpolitik zu stärken?

134. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

In welchem Umfang und mit welchen Schwerpunkten hat das Bundespresseamt im Jahr 1976 im Ausland entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit betrieben?

135. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die Steigerung des Haushaltsansatzes für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 1977, nachdem im vergangenen Jahr ein Haushaltsrest von 400 000 DM zu verzeichnen ist?

136. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Bei welchen konkreten Programmen und Projekten der deutschen Entwicklungshilfe ist seit Verabschiedung der Gymnicher Thesen das Planungs-, Durchführungs- und Prüfungsverfahren vereinfacht und verbessert worden?

137. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Nachrichten (vgl. Bonner Rundschau vom 11. März 1977), denenzufolge die frühere indische Regierung ihr familienpolitisches Programm, insbesondere die Geburtenkontrolle, mittels Zwangssterilisationen und Gewalt in einer Weise durchgeführt hat, die als Barbarei zu bezeichnen ist, und kann die Bundesregierung zusichern, daß die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland an den Staat Indien oder sonstige Leistungen aus Mitteln der Bundesrepublik, die indirekt oder direkt nach Indien geflossen sind, in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang direkt oder indirekt zu der Art und Weise beigetragen haben, mit der die indische Regierung unter Verstoß gegen menschliche Würde und Menschenrecht ihr Programm zur Beschränkung der Kinderzahl verfolgt hat?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

138. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Was hat den Staatsminister Wischnewski veranlaßt, öffentlich zu erklären, er werde sich einer Übernahme des Amts des Regierenden Bürgermeisters niemals entziehen?

139. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Hat Staatsminister Wischnewski seine öffentliche Äußerung, er werde sich der Übernahme des Amts des Regierenden Bürgermeisters von Berlin niemals entziehen, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler abgegeben, und ist bejahendenfalls daraus zu entnehmen, daß auch der Bundeskanzler einen Wechsel im Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin für notwendig hält?

140. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben den Bundeskanzler seinerzeit veranlaßt, Frau Schlei für die Ernennung zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit vorzuschlagen, und sieht er die von ihm seinerzeit in ihre Amtsführung gesetzten Erwartungen auch nach ihrer kürzlich durchgeführten Afrikareise als voll erfüllt an?

141. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Ist aus der Tatsache, daß der Bundeskanzler nach der Afrikareise von Frau Bundesminister Schlei deren Entlassung nicht vorgeschlagen hat zu schließen, daß er die von ihr praktizierte Form der Selbstdarstellung der Bundesregierung für richtig hält?

142. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler Frau Bundesminister Schlei nach ihrer Afrikareise veranlaßt, künftig eine andere Form der Selbstdarstellung der Bundesregierung im Ausland zu wählen, oder ist verneinendenfalls damit zu rechnen, daß die Bundesrepublik Deutschland künftig weiterhin in der Form in der Dritten Welt repräsentiert wird, in der dies auf der letzten Afrikareise von Frau Bundesminister Schlei geschehen ist?

143. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Inwieweit treffen die in dem Bericht in der Nummer 15 des Magazins „Der Spiegel" enthaltenen einzelnen Tatsachenbehauptungen über das Verhalten von Frau Bundesminister Marie Schlei und ihrer Begleitung während ihrer Afrikareise zu, und welche Bewertung gibt die Bundesregierung diesen Tatsachen gegebenenfalls sowohl hinsichtlich ihrer Wirkung auf die deutsch-afrikanischen Beziehungen als auch hinsichtlich der Eignung der Bundesministerin für die politische Arbeit auf den Gebieten Entwicklungshilfe, Weltwirtschaftsordnung und Nord-Süd-Konflikt?

144. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche Folgerung gedenkt die Bundesregierung aus ihrer Bewertung zu ziehen, und erwägt sie dabei insbesondere, Frau Bundesminister Schlei aus ihrem Regierungsamt zu entlassen?

145. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist die Aussage des Bundeskanzlers vor der SPD-Fraktion „im Falle der Aushebelung dieser Regierungskoalition komme es zu sozialen Unruhen in der Bundesrepublik" in ihrem Wahrheitsgehalt so zu verstehen, wie seine Aussagen zur Rentensicherheit vor der Wahl, oder ist diese Aussage als Zweifel des Bundeskanzlers an der Fortexistenz unserer freiheitlichen Demokratie zu verstehen?

146. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Darstellung über das Gesprächsergebnis des Bundeskanzlers im Vatikan trifft zu, die des Sprechers der Bundesregierung oder die vatikanische Erklärung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

147. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung rechtlich und politisch die Praxis der Tschechoslowakei, bei Visaanträgen von deutschen Staatsbürgern, die in der CSSR geboren sind und diese nach dem Krieg verlassen haben, eine Erklärung darüber zu verlangen, ob sie aus der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft entlassen worden seien, bzw. wann und aus welchen Gründen der Antragsteller das Gebiet der CSSR verlassen hat?

148. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß diese Praxis mit den Vereinbarungen der KSZE und dem Inhalt des Prager Vertrags vereinbart werden kann?

149. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Hält es die Bundesregierung unter außenpolitischen Gesichtspunkten für richtig, daß die Eingliederung von deutschstämmigen Umsiedlern aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland sich auch nach Gesetzen vollzieht, denen der Flüchtlings- oder Vertriebenenstatus zugrundeliegt?

150. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, daß die für Ende März 1977 in Wilna vom Ruhrkohlensiedlungsverband und von der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft geplante Ausstellung über das Ruhrgebiet, die laut Pressemeldungen ohne Begründung durch die sowjetischen Behörden abgesagt worden ist, doch noch gezeigt werden kann, und auf welche Weise will die Bundesregierung in Zukunft ähnliches Vorgehen der Sowjetunion verhindern?

151. Abgeordneter **Dr. Gradl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in den Vereinten Nationen die für Konferenzdienste zuständige Abteilung von UN-Untergeneralsekretär Lewandowski sich weigert, den Namen der Bundesrepublik Deutschland in russischen Dokumenten des Sicherheitsrats richtig wiederzugeben?

152. Abgeordneter **Dr. Gradl** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung gegen diese Verletzung internationaler Gepflogenheiten unternommen, und wie lautet der Name der Bundesrepublik Deutschland im russischen Text des Moskauer Vertrags vom 12. August 1970?

153. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Mit wie vielen Personen reist Bundesaußenminister Genscher vom 20. bis 29. April nach Indien?

154. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Für wie viele dieser Personen und mit welchem finanziellen Gesamtaufwand übernimmt die Bundesregierung die Kosten für diese Reise?

155. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der Botschafter der Volksrepublik Polen im Auswärtigen Amt vorstellig geworden ist und die Änderung der Worte „Vertreibung“ und „Vertriebene“ in den Gesetzen des Bundes und der Länder gefordert hat?

156. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß es über diese ungewöhnliche Forderung zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär Gelhoff und dem polnischen Botschafter gekommen ist, und betrachtet die Bundesregierung das Vorgehen des polnischen Botschafters als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland?

157. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Ist es die Auffassung der Bundesregierung, daß die bei den MBFR-Verhandlungen in Wien anzustrebende Reduzierung der Streitkräfte in Mitteleuropa „allseitig, gleichmäßig und gleichzeitig" erfolgen soll, und was gedenkt sie verneinendenfalls zu unternehmen, um in der Öffentlichkeit und bei den Verhandlungspartnern Zweifel an ihrer Haltung auszuräumen?

158. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung nunmehr die Absicht, in Gestalt ständiger Kommissionen Nachfolgeorgane der KSZE institutionalisieren zu lassen, nachdem sie bisher entsprechende sowjetische Ansinnen zurückgewiesen hatte, und welche Erfahrungen mit östlicher Erfüllung der in der Schlußakte von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen ermuntern gegebenenfalls zu einem derartigen Sinneswandel?

159. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, polnischen Wünschen nach einer Änderung des Vertriebenengesetzes dahin gehend entsprechen zu wollen, daß die Deutschen, die Ostdeutschland heutzutage deshalb verlassen wollen, weil ihnen ihre Heimat durch polnische Besetzung, Massenaustreibung des Großteils ihrer Landsleute unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg und Vorenthaltung jeglichen Schutzes ihrer Volksgruppe zur Fremde geworden ist, nicht mehr als „Vertriebene" bezeichnet werden dürfen, und inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, weiteren polnischen Forderungen nach sogenannter Revision unserer Rechtsordnung, insbesondere nach solcher des Grundgesetzes, zu entsprechen?

160. Abgeordneter **Dr. Wittmann** (München) (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die polnische Auffassung, daß das Festhalten an der verfassungsrechtlich verbindlichen Position der Fortexistenz des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 ein entspannungsfeindlicher Tatbestand sei, und wie bewertet sie im Zusammenhang mit ihrer Ostpolitik rechtlich und politisch das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes sowie die Aussagen von Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht, daß das Land Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland sei?

161. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat der deutsche Vertreter in der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen bei der letzten allgemeinen Debatte die Verletzungen der Menschenrechte Deutscher am Eisernen Vorhang, in der DDR, in den Gebieten jenseits von Oder und Neiße und in den verschiedenen anderen Vertreibungsgebieten zur Sprache gebracht, oder hat er das abermals unterlassen?

162. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Mit welchen Begründungen halten die Behörden der CSSR noch 43 deutsche Kinder (siehe dpa vom 5. April 1977), deren Ausreise zu ihren Eltern in der Bundesrepublik Deutschland vereinbart worden war, noch immer zurück?

163. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage (Die Welt vom 29. März 1977) des deutschen Botschafters in Santiago, Erich Strätling, er habe bei einem Besuch in der „Colonia Dignidad" keinerlei Indiz für die Anwesenheit chilenischer politischer Gefangener gefunden?

164. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Ist auf Grund der Aussage des deutschen Botschafters davon auszugehen, daß die von der Bundesregierung in der Fragestunde vom 24. März angekündigte unbedingt erforderliche eingehende Untersuchung der Vorwürfe gegen die „Colonia Dignidad" bereits abgeschlossen ist, und wenn ja, stimmt das Ergebnis mit den Aussagen des Botschafters überein?

165. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Treffen Vorwürfe zu („Stern" vom 17. März 1977), wonach deutsche Staatsbürger gegen ihren Willen in der „Colonia Dignidad" in Chile festgehalten werden?

166. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Wie ist das Verhalten von Angestellten der deutschen Botschaft in Santiago zu erklären, die zur Verlängerung der Pässe der in der Kolonie lebenden deutschen Staatsbürger eigens in das 350 km von Santiago entfernt gelegene „Landgut" reisen, statt die betroffenen Deutschen in die chilenische Hauptstadt kommen zu lassen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Prinzip der Nichteinmischung in die Souveränitätsangelegenheiten eines Staates auch auf die Menschenrechte ausgedehnt werden kann, oder ist sie der Auffassung, daß den Menschenrechten ein übergeordneter Rang zugebilligt werden muß?

2. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wird das Auswärtige Amt bei dem Erfahrungsbericht zu § 91 des Personalvertretungsgesetzes auch zu der Frage Stellung nehmen, ob bei größeren Botschaften ein Vertrauensmann für die ausländischen Ortskräfte genügt?

3. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

In welchen afrikanischen Staaten sind militärische und/oder paramilitärische Ausbilder und Berater der DDR nach Kenntnis der Bundesregierung eingesetzt?

4. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Welche speziellen Aufgaben in militärischen, halbmilitärischen, polizeilichen und geheimpolizeilichen Bereichen nehmen Berater und Ausbilder der DDR in gewissen afrikanischen Ländern wahr?

5. Abgeordneter **Coppik** (SPD)

Wird die Bundesregierung künftig durch ihr Abstimmungsverhalten in der UNO deutlich machen, daß sie die chilenische Militärregierung wegen der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen nicht unterstützt?

6. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wieviel polnische Kulturwochen finden 1977 in der Bundesrepublik Deutschland und wieviel deutsche Kulturwochen 1977 in der Volksrepublik Polen statt?

7. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie groß ist nach Kenntnis der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau die Zahl der aussiedlungswilligen Sowjetbürger deutschen Volkstums, die seit der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte wegen des Ausreisebegehrens vorübergehend inhaftiert oder mit Gefängnis bestraft worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

8. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Entspricht es der gegenwärtigen Rechtslage, daß waisengeldberechtigte Kinder ehemaliger Beamter bzw. ihrer Unterhaltsverpflichteten bei Ablehnung eines Studienplatzes sowohl den Anspruch auf Waisenrente wie auch der Anspruch auf Waisengeld und auch den Anspruch auf Kindergeld verlieren, und daß darüber hinaus auch keine Steuerfreibeträge durch Eintragung auf der Lohnsteuerkarte mehr gewährt werden?

9. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung diese unverschuldete Schlechterstellung der waisengeldberechtigten Kinder bzw. ihrer Unterhaltsverpflichteten für zumutbar, und welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag vorzuschlagen, um dem hier offenbar bestehenden Mißstand abzuhelfen?

10. Abgeordneter
Schulze (Berlin)
(SPD)

Trifft es zu, daß das Lager Zirndorf seit Wochen überbesetzt ist, weil einige Bundesländer die gemeinsam vereinbarten Aufnahmequoten von asylsuchenden Ausländern nicht einhalten, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun?

11. Abgeordneter
Schulze (Berlin)
(SPD)

Trifft es ferner zu, daß gerade in Berlin die Zahl der asylsuchenden Ausländer in den letzten Monaten sprunghaft angestiegen ist, Berlin aber die Asylsuchenden nicht mehr nach Zirndorf abgeben kann und dies in Berlin zusätzliche schwer zu verkraftende Probleme schafft, und welche Hilfen ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, hier anzubieten?

12. Abgeordneter
Schmitz (Baesweiler)
(CDU/CSU)

Wird Einreisenden in die Bundesrepublik Deutschland, die mit gültigen französischen Pässen nach Skandinavien reisen wollen, die Einreise verweigert, und wenn ja, auf Grund welcher Rechtsvorschriften?

13. Abgeordneter
Schmitz (Baesweiler)
(CDU/CSU)

Wie wird gesichert, daß es bei der Auswahl von Personen, für die Einschränkungen hinsichtlich der Einreisebestimmungen vorliegen (z. B. Landfahrer), nicht zu Irrtümern kommt, und ist die Bundesregierung bereit, gesetzliche Regelungen zu treffen, die die Gleichbehandlung aller Reisenden mit gültigen Pässen herbeiführen?

14. Abgeordneter
Schartz (Trier)
(CDU/CSU)

Welche Kernkraftwerke sollen nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt im Länderdreieck Bundesrepublik Deutschland–Frankreich–Luxemburg in einem Bereich von ca. 100 km in den nächsten 15 Jahren gebaut werden, und welche Auswirkungen ergeben sich hieraus für die Umwelt?

15. Abgeordneter
Schartz (Trier)
(CDU/CSU)

In welchem Umfang wird insbesondere die Mosel zur Kühlung der geplanten Kernkraftwerke oder anderer Kraftwerke verwandt, und welche Folgen hat dies für die Wasserführung der Mosel und für das Klima im Moseltal?

16. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)

Welche Personen mit welcher politischen Zugehörigkeit repräsentieren das „Komitee ‚Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit'"?

17. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)

Ist das Urteil gerechtfertigt, bei dem „Komitee ‚Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit'" handele es sich um eine kommunistische Hilfsorganisation?

18. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)

Welche Verbindungen ergeben sich seitens des „Komitees ‚Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit'" zu anderen politischen Organisationen, und inwieweit gibt es Erkenntnisse darüber, daß bereits jetzt aktiv Angehörige von im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien in dieser Organisation mitarbeiten?

19. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Kann aus dem Interview (Der Spiegel vom 28. März 1977) des Bundesforschungsministers der in diesem Interview unter Bezugnahme auf die Ereignisse von Grohnde am Sonnabend, dem 19. März 1977, feststellte, „Wir (die SPD) haben bisher Polizei nicht gegen Demonstranten eingesetzt, die Bauplätze besetzen wollten.", geschlossen werden, daß die Bundesregierung SPD-regierte Länder auffordern will, die Besetzung von Bauplätzen mit allen zerstörerischen Folgen zu Lasten der Steuerzahler in Kauf zu nehmen?

20. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie sieht die zahlenmäßige Entwicklung von Banküberfällen in den letzten Jahren aus, und welche Konsequenzen ergeben sich gegebenenfalls im Hinblick auf die dazu festgestellten Aufklärungsquoten?

21. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Welche Bundesministerien decken ihren Papierbedarf mit wieder verwertetem Altpapier, und in welchem Umfang geschieht dies?

22. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß der Papierbedarf in ihrem Bereich in möglichst großem Umfang durch wieder verwertetes Altpapier gedeckt wird, und welche Möglichkeiten sieht sie hierfür?

23. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sind Informationen zutreffend – vgl. Artikel „Kollege kommt gleich" in der „Wirtschaftswoche" Nummer 15 vom 1. April 1977 –, wonach der Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland durch die freiwilligen Feuerwehren deswegen nicht mehr gewährleistet sei, weil Hunderte von Löschfahrzeugen ausgemustert werden müssen, da für deren Ersatz der Bund keine finanziellen Verpflichtungen übernehmen will, auch nicht im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes?

24. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auch im Rahmen ihrer Verpflichtungen im erweiterten Katastrophenschutz, dazu beizutragen, daß der unbedingt notwendige Brandschutz in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird?

25. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Unterscheiden sich die Möglichkeiten polizeilichen Handelns bei der Bekämpfung und Aufklärung von Verbrechen von denen im Zusammenhang mit der Bekämpfung und Aufklärung von Vergehen, und bejahendenfalls, worin besteht der Unterschied?

26. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Haben die Anweisungen des Präsidenten des Bundesausgleichsamts im Rundschreiben vom 19. März 1977 bezüglich der Übersetzung ausländischer Urkunden durch die Ausgleichsämter insofern einen Erfolg gehabt, daß alle Ausgleichsämter der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich alle für behördliche Zwecke notwendigen ausländischen Urkunden den Aussiedlern gebührenfrei übersetzen, also über die notwendigen Mitarbeiter dafür verfügen, ohne daß unvertretbare Verzögerungen eintreten?

27. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung aus dem Charakter des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) als Auffanggesetz mit subsidiärer Wirkung ableiten, daß für bisher, weil nicht geregelt, unentgeltliche Auskünfte gemäß weitergeltender vor-

rangiger Rechtsvorschriften nach Inkrafttreten des BDSG ein Entgelt verlangt werden kann, und falls nein, wie vereinbart sich dies mit dem Gleichheitsgrundsatz, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

28. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich zur Erleichterung der Startchancen für Spätaussiedler für die Anerkennung von Realschul- und Gymnasiumsabschlußzeugnissen einzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den § 81 a der Strafprozeßordnung dergestalt zu ändern, daß Ärzte im öffentlichen Dienst im gemeinnützigen Interesse und zur Erhöhung der Sicherheit auf den Verkehrswegen in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sind, Vorgeführten beim Verdacht der verkehrsgefährdenden Alkoholisierung auf polizeiliches Ersuchen hin auch gegen deren Willen Blutproben zu entnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

30. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Kann die Bundesregierung darlegen, in welchem Umfang Investitionsmittel der verschiedensten Art zur Zeit aus den öffentlichen Haushalten (Bund, einschließlich Bundesbahn und Bundespost, Länder u. a. Gebietskörperschaften) 1976 nicht abfließen konnten, weil die infrage kommenden Investitionsvorhaben durch Einsprüche und Gerichtsverfahren aufgeschoben sind?

31. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Kann die Bundesregierung schätzen, um wieviel Arbeitsplätze es sich bei diesen Objekten – aufgeteilt nach wichtigen Branchen – handelt, die wegen der Verzögerung der Investitionen nicht bzw. vorläufig nicht geschaffen werden?

32. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft eine Pressemeldung (Die Welt vom 21. März 1977) über eine Neugestaltung der sich im Bundesbesitz befindenden Kreditinstitute zu, und wenn nein, welche Vorstellung hat die Bundesregierung zu den angesprochenen Problemen (Zukunft der Bau- und Bodenbank, KfW)?

33. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Wieviel Beiräte existieren insgesamt bei der Bundesregierung, nachgeordneten Behörden sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Bundes, und welche Kosten werden hierdurch verursacht?

34. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung im Entwurf des Bundeshaushalts 1977 Mittel veranschlagt, die von den obersten Bundesbehörden, den nachgeordneten Dienststellen und den öffentlich-rechtlichen Körperschaften des Bundes für Gutachten bzw. gutachtliche Stellungnahmen verausgabt werden können?

35. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, im Rahmen der beabsichtigten Steueränderungsgesetze die seit Jahren unverändert gebliebene Kilometergeldpauschale in Höhe von 0,32 DM zu erhöhen?

36. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Wie wird die Bundesregierung zu dem britischen Vorschlag gegenüber der Europäischen Gemeinschaft Stellung nehmen, Zigaretten mit hohem Teergehalt zusätzlich zu besteuern, und wird die Bundesregierung eventuell in gleicher Richtung Eigeninitiativen vorantreiben?

37. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist vorgesehen, für einzelne Privatpersonen und Firmen besondere Abschreibungsvergünstigungen für Sonnenenergieanlagen einzuführen, und wird es möglich sein, daß Firmen, die Sonnenenergieanlagen bauen und über ihre Arbeit statistische Aufzeichnungen führen, gefördert werden?

38. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welcher jährliche Steuerausfall würde die Abschaffung der Besteuerung des Nutzungswerts der eigenen Wohnung (auch in Mehrfamilienhäusern) verursachen?

39. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Abschaffung der Besteuerung des Nutzungswerts zu einer spürbaren Verwaltungsvereinfachung führt?

40. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Treffen Berichte der Bild-Zeitung vom 2. April 1977 zu, wonach der Bundesfinanzminister in einem Gespräch erklärt haben soll, er habe mit einem viel höheren Tarifabschluß im öffentlichen Dienst gerechnet?

41. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Welchen prozentualen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 1977 einkalkuliert, und in welcher Höhe und wo wurden dementsprechend Mittel in den diesjährigen Haushaltsentwurf eingestellt?

42. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Weshalb wird bei der Verwirklichung des sogenannten Vier-Augen-Prinzips im Rahmen des Kreditwesengesetzes, wie aus informierten Kreisen zu erfahren ist, nicht mit der Flexibilität verfahren, wie sie von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Frage B 41, Drucksache 8/168 (Plenarprotokoll 8/19), zugesagt wurde, und wird die Bundesregierung darauf bestehen, daß sich das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen künftig stärker an die Zusagen der Regierung hält?

43. Abgecrdneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, in Anlehnung an § 3 Abs. 3 des Steuerbeamten-Ausbildungsgesetzes vom 14. September 1976 den Vorbereitungsdienst für die Beamten des mittleren Zolldienstes noch im Jahr 1977, spätestens jedoch 1978, im Interesse einer qualifizierten Ausbildung auf 24 Monate zu verlängern, wie dies zur Zeit bei den Bundesländern für die Beamten des mittleren Dienstes in den Steuerverwaltungen geschieht?

44. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Sind die auf Grund des Gesetzes Nr. 53 der Militärregierung in den Jahren 1945 bis 1948 abgegebenen sogenannten MGAX (1)-Vermögensanmeldungen für Vermögensverluste außerhalb des Reichsgebiets nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zur Fest-

stellung der Vermögensverluste der Deutschen in anderen Staaten ausgewertet worden, und gegebenenfalls in welcher Form?

45. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung wiederholt zugesagt hat, die Ausbildungsdauer für den mittleren Zolldienst parallel zur Ausbildungsdauer für Steuerbeamte des mittleren Dienstes zu verlängern, und daß die Ausbildungsdauer für Steuerbeamte des mittleren Dienstes und für weitere Laufbahnen bereits in diesem Jahr auf 24 Monate verlängert wird?

46. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auch den Vorbereitungsdienst für den mittleren Zolldienst noch in diesem Jahr auf 24 Monate zu verlängern, oder aus welchen Gründen hält sie nunmehr ein unterschiedliches Vorgehen in bezug auf die verschiedenen Laufbahnen für gerechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

47. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nicht-französische Arzneimittelhersteller veranlaßt werden, ihre Forschungstätigkeit nach Frankreich zu verlegen, weil in Frankreich bei den staatlich kontrollierten Arzneimittelpreisen Kosten für Forschung in der Preiskalkulation nur insoweit anerkannt werden, als die Forschung in Frankreich geschieht, und wenn ja, hält die Bundesregierung diese Praxis für vereinbar mit dem EG-Vertrag, und – falls nicht – was gedenkt sie zu tun, um vertragskonforme Bedingungen auf dem Arneimittelmarkt innerhalb der EG zu gewährleisten?

48. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Aussage der Versammlung der Westeuropäischen Union in der Empfehlung 295, daß eine enge Verbindung zwischen der Sicherheit Europas und der Gewährleistung seiner Energieversorgung besteht und dennoch die Regierungen Westeuropas nicht bereit sind, im europäischen Rahmen eine gemeinsame Energieversorgungspolitik auszuarbeiten, und durch welche Initiativen gedenkt die Bundesregierung, ihrerseits in dieser Frage Beiträge zu leisten?

49. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der industriellen Kraftwirtschaft, daß 20 000 MW Stromerzeugung pro Jahr durch Industriekraftwerke im Rahmen der Wärmekraftkoppelung bereitgestellt werden können, und welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um diese Angebotsausweitung im Elektrizitätsbereich wirksam werden zu lassen?

50. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Presse publizierten Widerstände gegen die von der Bundesregierung geförderte Fernwärmeschiene im Ruhrgebiet, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um – gegebenenfalls in Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen – diese Widerstände zu überwinden?

51. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Nachdem die Bundesregierung am 14. März 1977 im Ministerrat der EG-Richtlinie über Exportfinanzierung zugestimmt hat, frage ich, ob sie glaubt, daß die bestehenden Möglichkeiten für unsere Exportindustrie ausreichen, um mit der Konkurrenz aus den EG-Staaten, Japan und den USA bestehen zu können, oder ist sie bereit, im Interesse der Vollbeschäftigung zusätzliche Instrumente der Exportfinanzierung zu schaffen?

52. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung im Gegensatz zu ihrer bisher vertretenen Haltung, daß das „Ob und Wie" des Gemeinsamen Fonds im Rahmen des integrierten Rohstoffprogramms offen bleiben müsse bis eine Prüfung der Voraussetzungen von Einzelrohstoffabkommen erfolgt sei, auf der Tagung des Europäischen Rates in Rom grundsätzlich der Errichtung des Gemeinsamen Fonds zugestimmt hat?

53. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, verbindlich zu erklären, daß sie ihre grundsätzliche Zustimmung zum Gemeinsamen Fonds dann wieder zurückziehen wird, wenn der Gemeinsame Fonds eigene Finanzierungsmittel erhält bzw. der Gemeinsame Fonds nicht in Verbindung mit dem IWF oder der Weltbank errichtet wird, sondern ein eigenes selbständiges Management erhält?

54. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Auf welche gesetzliche Grundlage gedenkt der Bundeswirtschaftsminister den angekündigten Modellversuch für verlängerte Ladenschlußzeiten in Berlin zu stützen, und liegen ihm überhaupt Erkenntnisse vor, die auf ein besonderes Bedürfnis nach verlängerten Ladenschlußzeiten schließen lassen?

55. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Liegen dem Bundeswirtschaftsminister wissenschaftlich abgesicherte Erkenntnisse vor, ob Berlin für diesen Modellversuch mit Ladenschlußzeiten hinreichend repräsentativ ist, um zu Einsichten zu gelangen, die auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden können, und was spricht dagegen, die Mittel, die der Bundeswirtschaftsminister nach Pressemeldungen „sehr gern" für Begleituntersuchungen zur Verfügung stellen möchte, einzusetzen für die Auswertung der schon vorliegenden Erfahrungen im Rahmen der in Berlin bereits seit 1973 erteilten Ausnahmegenehmigungen für verlängerte Ladenzeiten?

56. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang gibt es heute schon vom Staat zinsverbilligte Darlehen für neue Energiesysteme, und wo kann ein normaler Bürger sich darüber informieren und entsprechende Anträge stellen?

57. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher getan, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Konsolidierung der Finanzverhältnisse zu unterstützen?

58. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß den Kreditgarantiegemeinschaften, die hierbei eine große Hilfe sein könnten, seit dem 1. Januar 1977 die Verbürgung von Umschuldungskrediten verwehrt wird?

59. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden wirtschaftswissenschaftliche Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt durch das Bundeswirtschaftsministerium und gegebenenfalls durch andere Bundesministerien in ihrer Arbeit durch Aufträge unterstützt, und welche Zuwendungen sind für die Jahre 1974 bis 1976 von seiten der Bundesregierung im einzelnen erbracht worden?

60. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welchen Beitrag leistet der Bundesforschungsminister mit dem von ihm vergebenen Gutachten zur Wirtschafspolitik zu einer verbesserten Strukturpolitik der Bundesregierung, und wie haben sich die Erkenntnisse aus den vom Bundesforschungsminister vergebenen Gutachten und Studien in politischen Überlegungen des Bundeswirtschaftsministers zu einer verbesserten Strukturpolitik niedergeschlagen?

61. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die steuerlichen Vergünstigungen für Wasserkraftwerke, auf die der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister Grüner am 2. Februar 1977 in seiner Antwort auf meine diesbezügliche parlamentarische Anfrage hingewiesen hat, für kleinere und mittlere Unternehmen nicht zur Anwendung kommen können, weil bei der unrealistischen Obergrenze von 8 % der Verzicht auf eine Privatentnahme verbunden wäre, und ist die Bundesregierung bereit, bei der angekündigten Verlängerung der aus dem Jahr 1944 stammenden Verordnung über die steuerliche Begünstigung von Wasserkraftwerken dem Umstand Rechnung zu tragen, daß weitestgehend nur Kapitalgesellschaften beim Ausbau der Wasserkraftwerke steuerliche Vergünstigungen erhalten und alle mittelständischen Betriebe leer ausgehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

62. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welchen Inhalt hat der kritische Bericht unabhängiger Revisoren über das Finanz- und Managementgebahren der Welternährungsorganisation, und zu welchen Überlegungen gibt das Ergebnis der Bundesregierung Anlaß?

63. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, für die Aufnahme der Talsperre Nonnweiler (Saarland) in dem vom Saarland mitzufinanzierenden Teil des Programms für Zukunftsinvestitionen einzutreten, und wenn ja, welche Voraussetzungen müßten nach Auffassung der Bundesregierung für die Realisierung des Projekts noch geschaffen werden?

64. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, den häufig auftretenden Wasserspiegelschwankungen in der Edertalsperre und den damit verbundenen Problemen der ansässigen Fremdenverkehrsunternehmen dadurch Abhilfe zu schaffen, daß an geeigneter Stelle eine Vorsperre gebaut wird, und ist die Bundesregierung bereit, die Trägerschaft und damit die Folgekosten eines Projekts zu übernehmen, wenn, wie bereits von der hessischen Landesregierung zugesagt, das Land Hessen die Investitionskosten für die Vorsperre weitgehend übernimmt?

65. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, und wird sie gegebenenfalls einleiten, damit eine offenbar vorhandene Gesetzeslücke geschlossen wird, und es in Zukunft nicht mehr gestattet ist, daß während der Sommerzeit über Waldungen Gift durch Hubschrauber abgestreut wird?

66. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund des § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes durch Rechtsverordnung oder auf Grund anderer Rechtsnormen zu bestimmen, die Einfuhr von Fellen junger Robben zu verbieten?

67. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sonst noch, dem Abschlachten von jungen Robben im Ausland Einhalt zu gebieten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

68. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß von den gegenwärtig 1,25 Millionen Arbeitslosen 282 500 Arbeitslose aus Büro-, Verwaltungs- und sonstigen kaufmännischen Berufen kommen, für sinnvoll, Umschulungskurse über die Bundesanstalt für Arbeit in diese Berufe hinein zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin zu finanzieren?

69. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Gründe macht die Bundesregierung für die unterschiedliche Behandlung von Kriegs- und Zivilbeschädigten bei den Voraussetzungen für die Erteilung von Berechtigungsscheinen für die unentgeltliche Beförderung auf öffentlichen Verkehrsmitteln im Nahverkehr geltend (Kriegsbeschädigte: 70 % MdE, Zivilbeschädigte: 50 % MdE, Geh- und Stehbehinderung, Einkommensobergrenze 978 DM), und was wird sie tun, um die beiden Beschädigtengruppen gleichzustellen?

70. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, zusätzliche Ausbildungsplätze im Hauswirtschaftsbereich (durch Hauswirtschaftsmeisterinnen) durch finanzielle Hilfen zu schaffen?

71. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mögliche Ausbildungskapazitäten in privaten Haushalten, in denen Hauswirtschaftsmeisterinnen arbeiten, wegen der tariflichen Vergütungen und der damit verbundenen sozialen Leistungen an die Auszubildenden brach liegen, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun?

72. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung im Hinblick auf die hohe Arbeitslosenquote der Teilzeitbeschäftigten (11,7 % Ende Februar 1977) Förderungsmaßnahmen einleiten mit dem Ziel, das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen zu erhöhen?

73. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mehr als 50 % der den Apotheken vorgelegten Verordnungen anteilsfrei sind (nach einer Hochrechnung des norddeutschen Apothekenrechenzentrums waren es 1976 59,89 %), wie hat die Bundesregierung den Umfang der anteilsfreien Verordnungen ermittelt, und von welchen Zahlen ist sie hierbei im Rahmen der beabsichtigten Kostendämpfung in der Krankenversicherung ausgegangen?

74. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Schwerbehinderte zur Zeit im Bereich der freien Wirtschaft einerseits und im Bereich der öffentlichen Hand andererseits beschäftigt sind, und ob die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten so groß ist, daß in beiden angesprochenen Bereichen von einer Ausschöpfung des Pflichtsatzes von 6 % gemäß § 4 Abs. 1 des Schwerbehindertengesetzes ausgegangen werden kann?

75. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil der Gastarbeiter in der deutschen Waggonbauindustrie absolut und in Prozenten der dort Beschäftigten, wobei vor allem die Zahlen aus den Betrieben in den Fördergebieten von Interesse wären?

76. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Firmen der Fernseh- und Rundfunkbranche in ihren Reparaturabteilungen unterschiedlicher Kontrolle durch die Gewerbeaufsicht und die Berufsgenossenschaft unterliegen und damit die Sicherheit am Arbeitsplatz nicht gleiche Aufmerksamkeit erfährt, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit Arbeitnehmer in Firmen, die nicht in der Handwerksrolle eingetragen sind, aber dennoch gleichgeartete Reparaturen an verkauften Apparaten durchführen, die gleiche Arbeitsplatzsicherung erhalten, wie sie bei Handwerksbetrieben vorgeschrieben sind?

77. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die Absicht, von ihrer Ermächtigung nach § 39 des Mitbestimmungsgesetzes Gebrauch zu machen und Vorschriften zu erlassen zur Ordnung der Wahl der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der unter das Mitbestimmungsgesetz fallenden Unternehmen, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls alle aus dem Mitbestimmungsgesetz resultierenden und grundsätzlich zu regelnden Fragen des Wahlverfahrens normieren, und falls Teilregelungen geplant sind, worauf erstrecken sich diese?

78. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Bis wann ist gegebenenfalls mit dem Erlaß der in Frage 77 erwähnten Wahlordnungsvorschriften zu rechnen, und kann die Bundesregierung insbesondere verbindlich versichern, daß die Fragen des Wahlverfahrens in Konzernen und Unternehmen mit mehreren Betrieben innerhalb der nächsten acht Wochen auf dem Verordnungswege normiert werden, um die derzeit bestehende Unsicherheit in der Wirtschaft und das Risiko hoher Kosten infolge von Wahlanfechtungen zu vermindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

79. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die L 405 zum Militärstraßen-Grundkonzept des Bundes gehört, und wenn ja, aus welchen Gründen wurde die als innerstädtische Durchgangsstraße geplante L 405 in das Militärstraßen-Grundkonzept aufgenommen?

80.	Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung bei Preisvergleichen für Dienstleistungen für die Bundeswehr, die sowohl von Privatunternehmen wie von Instandsetzungsbetrieben und -einrichtungen der Bundeswehr erbracht werden, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für materielle und personelle Planungen im Bereich der Bundeswehr?
81.	Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Hält das Bundesverteidigungsministerium die Entscheidung der Wehrbereichsverwaltung II für richtig, eine im englischen Schuldienst verbrachte Zeit als Lehrassistentin nicht auf das Besoldungsdienstalter einer Fachschullehrkraft anzurechnen?
82.	Abgeordneter **Sund** (SPD)	Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Zahl der Ausbildungsplätze in den Bereichen Flugtriebwerksmechaniker und Metallflugzeugbauer bei der Technischen Schule der Luftwaffe 3 in Faßberg zu vergrößern?
83.	Abgeordneter **Sund** (SPD)	Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Zukunft der Technikerausbildung in den Teilstreitkräften?
84.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie viele Studenten an den Hochschulen der Bundeswehr bestanden das Examen nicht bzw. wurden vorzeitig vom Studium abgelöst, und in welchem Verhältnis steht die Zahl dieser zur Gesamtheit der Studierenden an den Bundeswehrhochschulen?
85.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Sind hierbei Schwerpunkte innerhalb bestimmter Studienrichtungen erkennbar, und welches waren die hauptsächlichen Ursachen für eine vorzeitige Ablösung?
86.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte über das Verhalten und die Leistungsmotivation dieser zurückgekehrten Offiziere beim weiteren Dienst in der Truppe vor?
87.	Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung gewillt, die Dienstzeit für Offiziere, die den Anforderungen eines Studiums nicht genügen, zunächst auf insgesamt vier Jahre festzusetzen, um einerseits eine Grundlage für eine eventuelle längere Verpflichtungszeit zu erlangen, andererseits aber für die Betroffenen einen beruflichen Neubeginn nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr nicht unnötigerweise hinauszuzögern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

88.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit festzustellen, daß die Heileurythmie eine spezielle Therapieform der anthroposophischen Medizin ist und der Heileurythmist deshalb in die sogenannten Katalogberufe wie Heilpraktiker und Krankengymnast einzuordnen ist?
89.	Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Tätigkeit als Heileurythmist in steuerlicher Hinsicht den anderen Heilberufen gleichgestellt wird?

90.	Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)	Kann die Bundesregierung detailliert Auskunft geben über die Ursachen, die dazu führen, daß Bürger Sozialhilfe in Anspruch nehmen, sollte die Auskunft nicht gegeben werden können, hält sie es dann für notwendig, Initiativen zu entwickeln, um eine solche detaillierte Ursachenstatistik zu erstellen?
91.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Hat die Bundesregierung sich inzwischen um die ersatzlose Streichung des Halbierungserlasses vom 5. September 1942 bemüht, der eine Gleichstellung der Versorgung von psychisch und somatisch Kranken bisher verhinderte, und wenn ja, warum sind diese Bemühungen bisher erfolglos geblieben (s. meine Fragen B 62 und 63 in Drucksache 7/2008 und die mir darauf erteilte Antwort)?
92.	Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Womit anders ist nach Auffassung der Bundesregierung die Weitergeltung des in Frage 91 genannten Erlasses zu rechtfertigen, wenn nicht mit den in ihm gegebenen Möglichkeiten, bei psychisch Kranken, im Erlaß „Geisteskranke" genannt, anders als bei somatisch Kranken, die Hälfte der durch den Kranken verursachten Kosten letzten Endes auf seine Angehörigen abzuwälzen und so einen kostendämpfenden Effekt zu erzielen?
93.	Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)	Hält die Bundesregierung es für nötig, trotz des geänderten Krankheitsbilds Scharlach auch weiterhin als meldepflichtig nach dem Bundes-Seuchengesetz einzustufen?
94.	Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)	Ließen sich Kosten durch eine Änderung des Bundes-Seuchengesetzes senken, wenn auf Grund neuerer Erkenntnisse nicht mehr als notwendig einleuchtende Desinfizierungsmaßnahmen in Kindergärten, Schulen und Wohnungen zukünftig unterblieben?
95.	Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele hilfebedürftige Frauen die durch die Neufassung des § 218 StGB ermöglichten Schwangerschaftsabbrüche seit Inkrafttreten in Anspruch genommen haben, und kann die Bundesregierung darüber Zahlen vorlegen?
96.	Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob sich das Nord-Süd-Gefälle bei der Beratung bzw. Praktizierung der durch die Neufassung des § 218 StGB geregelten Verfahren verstärkt hat, so daß auf Grund dieses Gefälles immer noch Frauen ins Ausland reisen, um einen Eingriff vornehmen zu lassen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine einheitliche Anwendung des § 218 StGB sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

97. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Welche Absichten hat die Bundesregierung nunmehr hinsichtlich der Schließung des Autobahnrings um München von der BAB München-Lindau über die BAB München–Garmisch zur BAB München–Salzburg, nachdem die Gemeinde Pullach im Isartal zufolge eines rechtskräftigen Urteils des Verwaltungsgerichts München nicht mehr länger verpflichtet ist, die für die sogenannte Trasse I erforderlichen Grundstücksflächen vorzuhalten, wird die Bundesregierung jetzt eine Finanzierung der sogenannten Trasse V in Betracht ziehen oder auf die Schließung des Autobahnrings verzichten?

98. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer bisherigen Haltung, die L 405 nicht zu einem Teilstück der BAB A 54 hochzustufen?

99. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Nach welchen Grundsätzen werden von der Bundesanstalt für Flugsicherung Verstöße gegen die Bestimmungen über das Einhalten vorgegebener Flugrouten geahndet, und werden insbesondere Abweichungen, die sicherheitsrelevante Anlagen (u. a. Raffinerien, Kernkraftwerke) in Mitleidenschaft ziehen können (z. B. durch sich lösende Teile des Fahrwerks, des Leitwerks von Flugzeugen usw.), in der Ahndungspraxis verschärfend berücksichtigt?

100. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine bessere Ausnutzung der freien Kapazitäten im Luftlinienverkehr durch eine Auflockerung der strengen Abgrenzung zwischen Linien- und Charterverkehr zu erreichen?

101. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Inwieweit kann es nach Ansicht der Bundesregierung Aufgabe des Bundesverkehrsministeriums sein, das teilweise anachronistische und marktwirtschaftsfeindliche System der IATA-Flugtarife zu kontrollieren, und inwieweit wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß sich durch eine restriktivere Genehmigungspraxis nach § 21 des Luftverkehrsgesetzes auch in diesem Bereich das System freier Wechselkurse voll durchsetzt?

102. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Ist es möglich, daß die Sozialverwaltung Nord der Deutschen Bundesbahn zu Recht Renten auch noch rückwirkend vom Zeitpunkt der Antragstellung zahlt, wenn der Beamte zwischen Antragstellung und Bewilligung volle Bezüge erhalten hat?

103. Abgeordneter **Köster** (CDU/CSU)

Zahlt die Deutsche Bundesbahn für Angestellte und Arbeiter für die Zeit zwischen Antragstellung und dem Zeitpunkt der Bewilligung rückwirkend eine Rente, auch wenn aus der Krankenversicherung volle Krankenbezüge gezahlt worden sind?

104. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, nach denen die Antitrustbehörde des Justizministeriums der USA Maßnahmen gegen die gemeinsame Festsetzung der Frachtraten und der Ladungsaufteilung durch die in der Nordatlantikkonferenz zusammengeschlos-

senen amerikanischen und europäischen Linienreedereien ergreifen will und in diesem Zusammenhang auch für die Aufhebung des amerikanischen „Shipping Act" von 1916 eintritt, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Bestrebungen?

105. Abgeordneter **Wuwer** (SPD)

Welche Haltung wird sie gegebenenfalls hierzu einnehmen?

106. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister bereit, auf die Bundesbahndirektion Nürnberg dahin gehend einzuwirken, daß vier von der Stadt Ansbach schon seit Jahrzehnten als öffentliche Verkehrswege genutzten Straßengrundstücke nördlich und südlich der Bahnlinie Ansbach–Crailsheim der Stadt unentgeltlich gemäß § 6 des Bundesfernstraßengesetzes zur Verfügung gestellt werden?

107. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob in Städten mit geschlossenem historischen Stadtbild, wie z. B. in Rothenburg ob der Tauber, in gegebenen Fällen Fahrbahnmarkierungen anstelle von Blechschildern zugelassen werden können, um eine Störung des historischen Stadtbildes zu vermeiden, oder welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung sonst, über die entsprechende Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung dauerhafte Verkehrsregelung anders als durch Blechschilder möglich zu machen?

108. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Zustimmung zu dem Bau von 2000 Güterwagen im Eisenbahnausbesserungswerk Trier der Deutschen Bundesbahn zu erteilen, und ist sie bereit, die Finanzierung dieser Maßnahme sicherzustellen?

109 Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU)

Wann wird mit der Fertigung dieser Güterwagen im Eisenbahnausbesserungswerk Trier begonnen, und bis zu welchem Zeitpunkt sind die Arbeitsplätze im Eisenbahnausbesserungswerk Trier gesichert?

110. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dafür Sorge zu tragen, daß bei neugebauten Bundesstraßen und Bundesautobahnen ein Höchstmaß an Lärmschutz für die angrenzenden Bewohner geschaffen wird, und zwar möglichst im Zuge des Baues dieser Straßen, da in diesem Zeitpunkt die Maßnahmen meistens billiger zu haben sind als zu einem späteren Termin?

111. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Lärmschutzwerte auch für Anwohner bei Truppenübungsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland nach Möglichkeit einzuhalten und dies vor allem durch den nötigen Abstand von Schieß- und sonstigen militärischen Übungsplätzen von den an Truppenübungsplätzen grenzenden Wohngemeinden zu gewährleisten?

112. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Maßnahme des Präsidenten des Bundesamts für Flugsicherung in Frankfurt berechtigt ist, der laut Presseberichten den Flugleitern untersagt hat, von ihnen selbst festgestellte „Beinahezusammenstöße" an

die Fahndungsstelle weiterzuleiten und im Gegensatz zur bisher praktizierten Berichtspflicht nur noch die Weitergabe der von Piloten gemeldeten „Beinahezusammenstößen" genehmigt hat, und falls nicht, was gedenkt sie zu unternehmen?

113. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Handelt es sich nach Ansicht der Bundesregierung bei dieser Maßnahme des Präsidenten um eine Verschleierung der immer mehr ansteigenden Zahl der „Beinahezusammenstöße" oder um eine geeignete Maßnahme zur Lösung des Problems?

114. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine, nach wie vor in der Diskussion stehende, Stilllegung der Bahnlinie Rottweil–Villingen, der weitere Ausbau des Oberzentrums Villingen–Schwenningen stark behindert würde, und ist sie daher bereit, diese Strecke aufrecht zu erhalten?

115. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, diese Strecke zu elektrifizieren, und bis wann ist damit zu rechnen?

116. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wird durch die im Rahmen des Investitionssonderprogramms geplante Anbindung Emdens an die Hansalinie der Bau der Emsland-Autobahn A 30 in irgendeiner Weise berührt, insbesondere verzögert, und wie ist aus der Sicht der Bundesregierung die heutige zeitliche Planung der A 30 angesichts der Tatsache, daß die niedersächsische Landesregierung dieser Bundesfernstraße aus ihrer Sicht höchste Priorität zugeordnet hat?

117. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei der vorgesehenen Neuordnung der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung berücksichtigen, daß im hessischen Untermaingebiet neben einer starken Wassersportbewegung vor allem der Schiffahrtsverkehr mit wassergefährdenden Flüssigkeiten (Öle, Chemikalien) eine besonders große Rolle spielt, und wird deshalb bei der Festlegung des Standorts der zuständigen Behörde bedacht werden, daß eine zentrale Lage im Schwerpunkt des Geschehens (Frankfurt) zugleich die beste Gewähr für die Abwehr von Gefahren bietet?

118. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die Bundesregierung im Land Baden-Württemberg eine Rationalisierung des Fernsprechvermittlungsdienstes entlang den Bundesautobahnen beabsichtigt und dabei den Notrufdienst in mehreren Autobahnmeistereien einschränken will?

119. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Wenn ja, wie soll sichergestellt werden, daß die zahlreichen Aufgaben in den Vermittlungsstellen der Autobahnmeistereien zur Aufrechterhaltung eines fließenden Verkehrsablaufs ohne Zeitverlust und sonstige Beeinträchtigungen in der bisher bewährten Form weitergeführt werden können?

120. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für zweckmäßig, für gehörlose Mitbürger die theoretische Ausbildung für den Ersterwerb der Fahrerlaubnis und die notwendige Weiterbildung der Gehörlosen, die schon eine Fahrerlaubnis haben, als geschlossene Maßnahme im

Verkehrs-Institut Bielefeld-Quelle zu konzentrieren, das seit vier Jahren Gehörlose zum Führen von Kraftfahrzeugen theoretisch ausbildet, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

121. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Überlegung, in Problemfällen aus diesem Bereich eine notwendige Eignungsuntersuchung in Form eines medizinisch-psychologischen Gutachtens in Abstimmung mit diesem Institut und dem TÜV Bielefeld vornehmen zu lassen?

122. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß beim Grenzübergang Freilassing–Saalbrücke hinsichtlich der Lkw-Abfertigung ernsthafte Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten bestehen, nachdem ein von allen Beteiligten akzeptiertes Ausbaukonzept inzwischen wieder verworfen worden ist, und hält die Bundesregierung noch eine Lösung für möglich, die sowohl den Erfordernissen des grenzüberschreitenden Lkw-Verkehrs als auch den Vorstellungen der Stadt Freilassing gerecht wird?

123. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundesbahnausbesserungswerk Karlsruhe im Vergleich zu anderen Reisezugwagenwerken der Deutschen Bundesbahn, aber auch zur Privatindustrie, am wirtschaftlichsten arbeitet?

124. Abgeordneter **Dr. Corterier** (SPD)

Hält es die Bundesregierung, falls dies zutreffen sollte, für vertretbar, daß dieses Werk, wie vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn angekündigt wurde, geschlossen werden soll?

125. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Treffen Zeitungsmeldungen vom 3. April 1977 zu, daß entgegen allen bisherigen Erklärungen, wonach die Entscheidung über eine Neuordnung des Telefontarifs erst nach Abschluß eines Großversuchs mit dem 8-Minuten-Takt im süddeutschen Raum Ende dieses Jahrs fallen solle, die bundesweite Einführung des 8-Minuten-Takts für Ortsgespräche bereits beschlossen ist, und welche Gründe waren gegebenenfalls für diese vorzeitige Entscheidung maßgebend?

126. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Zu welchem Zeitpunkt sollen Zeittakt und Nahbereich tatsächlich bundesweit eingeführt werden, und in welchem Umfang sind zu diesem Zweck bereits neue Telefonanlagen errichtet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

127. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Muß das Bundesbaugesetz geändert werden, damit derartige Urteile, wie das des Verwaltungsgerichts Lüneburg, das auf Klage von vier Hausbesitzern, die meinten, in unmittelbarer Nachbarschaft mit einem Sonderkindergarten für überwiegend körperlich Behinderte nicht leben zu können und daher gegen diese Einrichtung klagten, und durch ein aufsehenerregendes Urteil, wonach der Sonderkindergarten als unzulässig erklärt wurde, Recht erhalten haben, mit der Begründung, im Bebauungsplan werde die Siedlung als reines Wohngebiet ausgewiesen, nicht mehr gefällt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

128. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen unternommen, um mit Nachdruck die Familienzusammenführung von Herrn Hans-Ulrich Schneider, wohnhaft H.-Rau-Straße 9, Cottbus, mit seinen Eltern in Eglharting/Oberbayern, zu betreiben, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung in Zukunft zu unternehmen, um diesen besonders tragischen und unmenschlichen Fall einer Familientrennung endlich zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen?

129. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der Verbleib der während des Krieges aus der Gemäldegalerie des Wiesbadener Museums ausgelagerten Gemälde, die sich seitdem in Gewahrsam der DDR befinden, bekannt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß die Gemälde wieder den Beständen des Wiesbadener Museums zugeführt werden?

130. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen von ddp, die in der Berliner Zeitung Der Tagesspiegel vom 30. März 1977 abgedruckt sind, zu, daß nach Aussage des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, allein 1976 rund 15 000 Menschen aus der DDR im Wege der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durften?

131. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Zahl der Menschen, die im Wege der Familienzusammenführung in den ersten drei Monaten des Jahrs 1977 aus der DDR ausreisen durften?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

132. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wann und welche konkreten finanz-, wirtschafts- und forschungspolitischen Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus den Ergebnissen der von ihr selbst in Auftrag gegebenen und am 25. Januar in Brüssel der EG-Kommission und den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Niederlande, die sich finanziell beteiligt hatten, übergebenen „Marktstudie Halbleiter" zu ziehen?

133. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher – unabhängig von den Konsequenzen im nationalen Bereich – den europäischen Partnern zur Entwicklung gemeinsamer Programme vorgeschlagen, um auf diesem Sektor zukunftsorientierter Technologie mit den Amerikanern und Japanern konkurrieren zu können?

134. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Auf welche Weise und mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, der in dieser Studie als Ursache für die gefährdete Wettbewerbsfähigkeit festgestellten Zersplitterung der europäischen Märkte entgegenzuwirken und zu engerer Kooperation der betreffenden europäischen Industrie zu gelangen?

135. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

In welcher Weise informiert die Bundesregierung die von der Standortentscheidung für eine Entsorgungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg besonders betroffene Bevölkerung über die Probleme der Kernenergieentsorgung?

136. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen haben die jüngsten Entscheidungen des amerikanischen Präsidenten über die amerikanische Atompolitik auf die Pläne der Bundesregierung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und die deutsche Nuklearexportpolitik?

137. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten, den Schritt in die Plutoniumwirtschaft auf unbestimmte Zeit zu verschieben, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die deutschen Wiederaufbereitungspläne?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

138. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Beitrag zur Vermehrung von Ausbildungsstellen zu leisten, in dem sie Betriebe, die ihre Auszubildenden zeitweise in überbetriebliche Ausbildungsstätten schicken, für diese Zeit von der Zahlung der Ausbildungsvergütung befreit und eine Ausbildungsförderung (BAföG) für die Dauer der überbetrieblichen Lehrgangsteilnahme zuläßt?

139. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Was beabsichtigt die Bundesregierung gegen die seit drei Jahren zu beobachtende Stagnation in den Studienanfängerzahlen und gegen mögliche unsoziale Auswirkungen des Verzichts von Hochschulberechtigten auf ein Hochschulstudium zu tun?

140. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Durch welche Vorschläge und Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, die Verwendungsbreite von Hochschulabsolventen zu vergrößern, um die Eingliederungsprobleme beim Übergang vom Ausbildungs- zum Beschäftigungssystem zu verringern?

141. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung (entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 14. Juni 1973), dem Bundestag über den Fortgang der Angleichung der Berufs- und Laufbahnreform an die neuen Bildungsabschlüsse wieder zu berichten (letzter Bericht vom 19. Oktober 1973)?

142. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung dem Bundestag ein Konzept zur Reform der Berufs- und Laufbahnstruktur vorlegen können, und von welchen Grundzügen geht die Bundesregierung bei der Erarbeitung dieses Konzepts aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

143. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Organisationsgutachten zu dem Ergebnis gekommen ist, daß es im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Leitung und Basis gibt, und daß ein ausreichendes gemeinsames Aufgabenverständnis im Ministerium fehlt?

144. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Organisationsgutachten zu dem Ergebnis gekommen ist, daß an der Basis Vorhaben der Leitung immer wieder als unerwartet, im Widerspruch zur vorangegangenen Äußerung, als irrational und politisch nicht nachvollziehbar bezeichnet werden?

145. Abgeordneter **Werner** (CDU/CSU)

Wann wurde die Untersuchung über die innere Organisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Auftrag gegeben, seit wann liegt das Ergebnis vor, wann wird die Entscheidung über die Anwendung des Untersuchungsergebnisses im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit getroffen werden?

146. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesfinanzministerium sich der Durchführung der Untersuchung widersetzt, diese als unnötig bezeichnet und statt dessen eine Ausarbeitung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit eigenen Organisationsreferats empfohlen hat?

147. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Hat das Organisationsreferat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht genügend eigene Fachkenntnisse, um eine solche Untersuchung durchführen zu können?

148. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Gibt es in dem Organisationsgutachten weitere kritische Anmerkungen zur Organisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, und wie lauten diese?

149. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

In welcher Höhe wurden in den Jahren 1970 bis 1976 Kapitalhilfeumschuldungen vorgenommen, und welchen Anteil hatten diese Umschuldungen an der gesamten bilateralen Kapitalhilfe?

150. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welches waren die Entwicklungsländer, für die in den Jahren seit 1970 Kapitalhilfeumschuldungen notwendig geworden waren?

151. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für eine Untersuchung über die innere Organisation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit durch eine Firma der Unternehmensberatung über eine halbe Million DM ausgegeben wurden?

152. Abgeordnete **Frau Fischer** (CDU/CSU)

Welche weiteren Kosten werden noch entstehen, sind Folgemaßnahmen geplant?

153. Abgeordneter **Kraus** (CDU/CSU)

Was prädestiniert die Jungsozialisten in der SPD im Vergleich zu den politischen Jugendverbänden der anderen im Bundestag vertretenen Parteien in den Augen der Bundesregierung dazu, bezuschußte „Erwachsenenbildung" im Ausland zu treiben?

154. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Jungsozialisten von der Bundesregierung aus Mitteln für die Entwicklungshilfe 600 000 DM erhalten haben bzw. sollen?

155. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU)

Welche Mittel haben die Jusos in den Jahren 1972, 1973, 1974, 1975 und 1976 aus den Bundeshaushalten direkt oder indirekt erhalten?

156. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Welche konkreten Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Tunesien-Projekt mit vereinfachtem Abwicklungsverfahren über 20 Millionen DM gemacht, und werden diesem Projekt, das von der Bundesregierung als Pilotprojekt bezeichnet wurde, ähnliche Projekte in absehbarer Zeit folgen?

157. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil des Rohstoffsektors an der bilateralen finanziellen und technischen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei den Zusagen bzw. bei den Auszahlungen in den Jahren 1975 und 1976, und wie hoch wird dieser Anteil im Jahr 1977 sein?

158. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Anteil der Lieferung von Schiffen an der gesamten deutschen bilateralen Kapitalhilfe bei den Zusagen, bzw. bei den Auszahlungen im Jahr 1976, und wie wird sich dieser Anteil in den kommenden Jahren entwickeln?

159. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung – worauf Äußerungen der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit hindeuten – Botswana die Schäden ersetzen, die es sich selbst beibrächte, wenn es die in rhodesischem Eigentum stehende Eisenbahn enteignete, und wie vereinbart die Bundesregierung – bejahendenfalls – eine derartige Verwendung der knappen deutschen Mittel mit dem sonst von ihr verkündeten Grundsatz, daß diese den Menschen unabhängig von den politischen Verhältnissen zugutekommen sollen?

Bonn, den 15. April 1977